



Hessisches Polizeipräsidium für Technik, Willy-Brandt-Allee 20, 65197 Wiesbaden

- elektronisch an -

Radio Spectrum Policy Group

[CNECT-RSPG@ec.europa.eu]

Aktenzeichen KS HE DF – 68j – RSPG

Bearbeiter/-in von der Au

Durchwahl +49 611 8801 5000

Fax +49 611 8801 5009

E-Mail leitung.hpt@polizei.hessen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Datum 22. August 2023

## **Stellungnahme des Hessischen Polizeipräsidioms für Technik zum öffentlichen Konsultationsverfahren der RSPG zur europäischen Frequenzstrategie im UHF-Band 470 - 694 MHz nach 2030**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner Funktion als Präsident des Hessischen Polizeipräsidioms für Technik und Leiter der Koordinierenden Stelle für den Digitalfunk im Bundesland Hessen danke ich für die Möglichkeit, Ihnen im Rahmen des o. g. Konsultationsverfahren meine Bewertung zum Entwurf der UHF-Frequenzstrategie mitzuteilen.

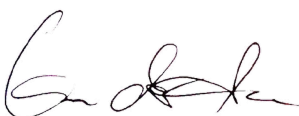
Voranzustellen ist, dass die Innenressorts der Bundesrepublik Deutschland in einem fundierten Strategieprozess ihre Anforderungen und Perspektiven für ein einheitliches und den Bedürfnissen der BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) gerecht werdendes Breitbandnetz erarbeitet und beschlossen haben. Unter Beibehaltung der digitalen Souveränität umfasst dieses drei Kernelemente: (1) Eine Öffnung des UHF-Bandes für den Mobilfunkdienst, (2) eine ko-primäre Nutzung der Frequenzen und (3) eine Festlegung auf den Frequenzbereich zwischen 470 – 694 MHz. So sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die einsatzkritische Kommunikation der PPDR (Public Protection Disaster Relief) künftig über die reine Sprache hinaus weitere Informationen in einem mobilen Breitbandnetz übermitteln kann. Ein Rückgriff auf kommerzielle Netze sollte dabei nicht erfolgen. Diese nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entwickelten Netze werden den besonderen Anforderungen der Sicherheitsbehörden an Verfügbarkeit, z. B. im ländlichen Raum und Resilienz, z. B. bei Naturkatastrophen oder Cyberangriffen, leider nicht gerecht.

Die einsatzkritische Kommunikation ist ein Kernelement der staatlichen Instrumente zum Schutz der Bevölkerung. Sie muss auch dann noch funktionieren, wenn kommerzielle Netze z. B. überlastet oder aus technischen Gründen ausgefallen sind. Zu berücksichtigen ist auch, dass für die künftige Breitbandfähigkeit das Spektrum zwischen 470 und 694 MHz den einzigen qualitativ geeigneten Frequenzbereich darstellt. So werden in der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum nach 2030 voraussichtlich keine anderen Frequenzen für den Betrieb eines bundesweiten BOS-Kommunikationsnetzes zur Verfügung stehen. Ohne eine ko-primäre Öffnung des UHF Bandes für den Mobilfunk ab 2030 wird die ausreichende Vorbereitung auf die sicherheitspolitischen Anforderungen der Zukunft (z. B. Terrorlagen, Naturkatastrophen, Energiemangellagen) in Frage gestellt.

Leider stelle ich heute fest, dass der notwendige Bedarf deutscher Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im vorliegenden Entwurf der UHF-Frequenzstrategie ab 2030 nicht angemessen berücksichtigt wird. Nicht nachvollziehbar sollen den PPDR in zwei Szenarien keine weiteren Frequenzen zugewiesen werden; im dritten Szenario lediglich auf nationaler Ebene und nur dann, wenn diese nicht mehr für Rundfunk oder Veranstaltungstechnik benötigt werden.

Der Entwurf zur UHF-Frequenzstrategie lässt dabei unberücksichtigt, dass ohne die Öffnung des UHF-Bandes für eine ko-primäre Nutzung weder die dringend erforderliche technische Weiterentwicklung der Kommunikationstechnik der BOS noch die erforderliche digitale Souveränität auf Dauer gewährleistet werden kann.

Aus vorgenannten Gründen bitte ich heute die RSPG eindringlich, die UHF-Frequenzstrategie für den bestmöglichen Schutz unserer Bevölkerung nochmals zu überarbeiten und sich dafür einzusetzen, dass die ko-primäre Nutzung des UHF-Bandes durch den Mobilfunk nach 2030 in der europäischen Frequenzstrategie verankert wird.



(von der Au)